

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d

## Inhalt

35. Jahrgang / 155

15. August 1980

Karl Liedtke MdB, Vorsitzender des SPD-Parteirates, sieht Gemeinsamkeiten zwischen Strauß und Papen: Wegbereiter?

Seite 1-3

Cerd Walter MdEP fordert mit zehn anderen Europa-Abgeordneten, daß die EG-Länder helfen, die bolivianische Junta zu isolieren: Solidarische Verpflichtung.

Seite 4/5

Christa Randzio-Plath berichtet von einem Feminismus/Sozialismus-Seminar der sozialistischen Frauen-internationale in London: Zu wenige Frauen entscheiden mit.

Seite 6/7

### Dokumentation

Kurt Gscheidle antwortet der niedersächsischen Wirtschaftsministerin Breuel in Sachen Post-privatisierung.

Seite 8

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

### Wegbereiter?

-----  
Gemeinsamkeiten zwischen Strauß und Papen

Von Karl Liedtke MdB  
Vorsitzender des SPD-Parteirates

Der Kanzlerkandidat der Union "ein Historiker und ein Mann der ein ungeheuer präsenten Wissen auf allen politischen Gebieten hat" (Zimmermann, CSU), verteuftelt zwar gerne andere ("Ihr seid die besten Schüler von Josef Göbbels", "der Geist der SA und SS wird heute von den Terrorbanden der Roten repräsentiert!"). Die SPD sollte sich jedoch davor hüten, den Kandidaten zu verteufteln. Strauß ist kein zweiter Hitler und auch kein Hitler-Verschnitt. Ein geschichtlicher Vergleich aus der Weimarer-Republik ist jedoch interessant.

Kurz vor Ende der Weimarer Republik bildete Franz von Papen sein Kabinett der Barone, das ohne die Unterstützung des Reichstages regierte und das Hitler und dem Faschismus den Weg an die Macht bereitete. Die Zielrichtung der Politik dieses Kabinetts wird in einer Erklärung vom 4. Juni 1932 deutlich, die die neue Reichsregierung unter Franz von Papen nach Auflösung des Reichstages am selben Tage abgab. Bei einer Gegenüberstellung von Aussagen dieser Regierungserklärung mit Aussagen und Aussprüchen des Unionskandidaten Franz Josef Strauß ergeben sich - für manchen vielleicht verblüffende - Ähnlichkeiten und Gemeinsamkeiten.

### Von Papen, Regierungserklärung vom 4. Juni 1932:

"Diese Bilanz, die die heutige Regierung vorfindet, soll das deutsche Volk kennen: Die finanziellen Grundlagen des Reiches, Preußens und der Mehrzahl aller anderen Länder und Gemeinden sind erschüttert."



Franz Josef Strauß, Sonthofener Rede, 18. November 1974:

"Ich denke, daß die Zerrüttung der Staatsfinanzen unaufhaltsam weitergeht mit unübersehbaren Folgen und das auch nicht allein unter Einfluß der weltwirtschaftlichen Krisenverhältnisse, die natürlich zurückschlagen auch auf uns, aber auch auf Grund der fünf Jahre begangenen Fehler und Versäumnisse, Mißachtung unserer Vorschläge und Warnungen, .....

+

Franz von Papen, Regierungserklärung 4. Juni 1932:

"Die Nachkriegsregierungen haben geglaubt, durch einen sich ständig steigenden Sozialismus die materiellen Sorgen dem Arbeitnehmer wie dem Arbeitgeber in weitem Maße abnehmen zu können. Sie haben den Staat zu einer Wohlfahrtsanstalt zu machen versucht und damit die moralischen Kräfte der Nation geschwächt. Sie haben ihm Aufgaben zugeteilt, die er seinem Wesen nach niemals erfüllen kann."

Franz Josef Strauß, Bundestag 24. Januar 1978:

"Meine Damen und Herren, ich habe auf dem Mannheimer Parteitag der CDU am 24. Juni 1975 in meiner Rede gesagt: 'Sie müssen heute den Mut haben, zu sagen, daß die Grenze des Sozialstaates erreicht sind.' Ich habe in meiner Rede vor dem Institut Finanzen und Steuern am 7. April 1976 gesagt: 'Die explosionsartige Kostenentwicklung in diesem Bereich wirft die Frage auf, ob die Belastbarkeitsgrenze unserer Volkswirtschaft mit kollektiven Soziallasten nicht bereits erreicht, wenn nicht überschritten ist.' Ich habe in derselben Rede ferner gesagt: 'Ein Sozialsystem, das den Angebotskatalog ständig durch neue Leistungen erweitert, immer mehr Sozialtransfers in die Dynamisierung einbezieht und den Empfängerkreis permanent ausdehnt, birgt zwangsläufig die Gefahr der Selbstzerstörung in sich. Wir sind nicht am Ende der Sozialpolitik, aber die Grenzen des Sozialstaats sind erreicht."

+

Franz von Papen, Regierungserklärung 4. Juni 1932:

"Der hierauf zwangsläufig folgenden moralischen Zermürbung des deutschen Volkes, verschärft durch den unseligen gemeinschaftsfeindlichen Klassenkampf und vergrößert durch den Kulturholschewismus, der wie ein fressendes Gift die besten sittlichen Grundlagen der Nation zu vernichten droht, muß in letzter Stunde Einhalt geboten werden."

Franz Josef Strauß, Bayern-Kurier 24. Juni 1978:

"..... deshalb hat es auch keinen Sinn, von Chancengleichheit zu reden ..... Diese Gleichheitsfanatiker machen die Welt noch allmählich zur Hölle! ..... Sie verhetzen schon die Kinder in der Schule, um sie mit Glückseligkeitsansprüchen zu erfüllen, sie hetzen sie auf gegen die Schule, gegen die Eltern, gegen die Lehrer, gegen die Kirchen, gegen alle gewachsenen Autoritäten, gegen alle in der Gesellschaft notwendigen Institutionen. Was kommt denn heraus als Produkt dieser Bildung? Krüppel einer neurotischen marxistischen Bildungspolitik kommen heraus!"

+



Franz von Papen, Regierungserklärung 4. Juni 1932:

"Zu tief ist schon in alle kulturellen Gebiete des öffentlichen Lebens die Zersetzung atheistischen, marxistischen Denkens eingedrungen, weil die christlichen Kräfte des Staates zu leicht zu Kompromissen bereit waren."

Franz Josef Strauß, Rede in Vilshoven, dpa 24. Februar 1971:

"Die rote Unterwanderung bei Funk und Fernsehen hat ein Ausmaß angenommen das für die Zukunft unserer Gesellschaft zu ernststen Sorgen Anlaß gibt. Volksfremde Publikationsorgane (und eine) Reichsrundfunkkammer mit Linksdrall (haben in weiten Teilen der Meinungslandschaft) Eingleisigkeit (hervorgezogen)."

+

Franz von Papen, Regierungserklärung 4. Juni 1932:

"Im übrigen macht die Regierung in dieser Stunde keine Versprechungen. Sie wird handeln und man soll sie nach ihren Taten beurteilen."

Franz Josef Strauß, Sonthofener Rede November 1974:

"Zur Taktik jetzt: Nur anklagen und warnen, aber keine konkreten Rezepte etwa nennen. .... Sie haben eine Situation herbeigeführt, wo jedes Rezept je nach dem, auf welche Wirkung hin man es untersucht, einfach falsch ist. .... Aber in der politischen Großwetterlage, in der wirtschaftlichen Großwetterlage, dürfen wir jetzt nicht aus der Deckung herausgehen. Wer herausgeht, wird angeschossen oder erschossen. Er kann überhaupt nichts Gescheites vorschlagen."

An einer Stelle der Sonthofener Rede hat der Kandidat allerdings gesagt, welches Rezept er für seine Politik hat: "Wir müssen sagen, die SPD und FDP überlassen diesen Staat kriminellen und politischen Gangstern. Und zwischen kriminellen und politischen Gangstern ist nicht der geringste Unterschied, sie sind alle miteinander Verbrecher. Und wenn wir hinkommen und räumen so auf, daß bis zum Rest dieses Jahrhunderts von diesen Banditen keiner es mehr wagt in Deutschland das Maul aufzumachen. Selbst wenn wir es nicht ganz halten können, aber den Eindruck müssen wir verkörpern."

Die Ablösung des Kabinetts Brüning durch das Kabinett Franz von Papen besiegelte endgültig das Schicksal der Weimarer Republik. Die Hoffnung des rechten Lagers, Hitler bändigen zu können, war eine krasse Fehleinschätzung der Situation. Von Papen wurde der Wegbereiter Hitlers und eines furchtbaren Regimes. Eine Lehre aus den letzten Jahren der Weimarer Republik sollte für jeden Demokraten unvergeßlich und klar sein: Auch die Wegbereiter des Faschismus waren gefährlich und hätten frühzeitig gestoppt werden müssen.  
(-/15.8.1980/ks/ca)

+ + +



Solidarische Verpflichtung

Die EG-Länder müssen die bolivianische Junta isolieren helfen

Von Gerd Walter MdEP

Stellvertretender Vorsitzender der deutschen Gruppe  
der Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments

Elf sozialdemokratische Europaabgeordnete aus der Bundesrepublik und den Niederlanden haben die Europäische Gemeinschaft zur Reaktion auf den Militärputsch in Bolivien aufgefordert. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

Am 29. Juni 1980 hat sich das bolivianische Volk in nationalen Wahlen mit großer Mehrheit für die Partei der Union Democratica Popular (UDP) von Seles Zuazo ausgesprochen, dem alle demokratischen Parteien von links bis zur gemäßigten Rechten bereits die Unterstützung zugesagt haben.

Vor wenigen Tagen, am 4. August 1980, hätte daher das bolivianische Parlament in freier demokratischer Entscheidung einen neuen Präsidenten gewählt, der sich auf rund 80 Prozent der bolivianischen Wählerschaft hätte stützen können. Der Putsch der Generäle um Garcia Meza war der Versuch, mit Mitteln des Krieges die demokratische Entscheidung der Überwältigenden Mehrheit der eigenen Bevölkerung mit Waffengewalt und Bomben auszuradieren.

In dieser Situation ist es die solidarische Verpflichtung aller demokratisch verfaßten Länder, dazu beizutragen, daß der politische Wille der Bevölkerung Boliviens, daß die Demokratie den Sieg davon trägt.

Es darf kein neues Chile oder Argentinien geben. Noch ist die neue Militärjunta in Amerika politisch isoliert. Noch kann sie sich erst auf die fragwürdigen Bündnispartner in Argentinien und in einigen Militärdiktaturen im Südteil des Kontinents stützen. Ohne die wirtschaftliche Unterstützung großer Industriestaaten kann sie auf Dauer nicht bestehen. Die Staaten der Europäischen Gemeinschaft und die USA tragen daher eine besondere Verantwortung für die weitere Entwicklung in Bolivien.

Wir anerkennen, daß die Europäische Gemeinschaft - vertreten durch ihren Präsidenten - den Putsch der rechtsextremen Militärs in Bolivien verurteilt und der Hoffnung auf eine demokratische Entwicklung Ausdruck gegeben hat.



Wir anerkennen, daß die Europäische Gemeinschaft bisher als Reaktion auf den Putsch, die mit Bolivien anstehenden Textilverhandlungen und alle Finanzleistungen im Rahmen der technischen Finanzierung und der Handelsbeziehungen suspendiert hat.

Wir fordern aber auch praktische Konsequenzen der EG-Mitgliedsländer:

- Keine Anerkennung des Militärregimes in Bolivien und keinerlei Zusammenarbeit mit ihm.
- Einstellung jeglicher Entwicklungshilfe so lange das Terror-Regime in Bolivien an der Macht ist.

Von der Europäischen Gemeinschaft fordern wir:

- Fortsetzung der Suspendierung aller Verhandlungen und finanzieller Leistungen so lange bis Bolivien die rechtmäßige Regierung eingesetzt hat.
- Abbruch der EG-Verhandlungen mit den Ländern des Anden-Paktes (Peru, Kolumbien, Venezuela, Ecuador, Bolivien) über das geplante Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Anden-Pakt, so lange die Junta in Bolivien die politische Macht usurpiert und im Anden-Pakt vertreten ist. Die Europäische Gemeinschaft könnte damit die Position der Mitgliedsländer des Anden-Paktes aktiv unterstützen, die entschieden für den Ausschluß Boliviens aus dem Anden-Pakt und damit für eine deutliche politische Isolierung der bolivianischen Militärjunta in Lateinamerika eintreten. Allein die bloße Ankündigung einer ungestörten Fortsetzung der Verhandlungen durch die Europäische Gemeinschaft würde dagegen in Lateinamerika als Signal zu einer indirekten Akzeptierung der bolivianischen Junta betrachtet.

Das Europäische Parlament muß und wird nach unserer Auffassung in seiner nächsten Sitzung eine deutliche Erklärung zur Verurteilung des Putsches in Bolivien und zu praktischen Konsequenzen der Europäischen Gemeinschaft und ihrer Mitgliedsländer abgeben.

Die Erklärung haben unterzeichnet: Heidemarie Wieczorek-Zeul, Dr. Gerhard Schmid, Johan van Minnen, Cerd Walter, Thomas von der Vring, Volkmar Gabert, Fritz Gautier, Dr. Klaus Haensch, Erdmann Linde, Dieter Schinzel, Karl-Heinz Mihr.

(-/15.8.1980/ks/oa)

+ + +



Zu wenige Frauen entscheiden mit

Zum Seminar Feminismus/Sozialismus der Sozialistischen Fraueninternationale in London

Von Christa Randzio-Plath

Mitglied des Bundesvorstandes der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)

Frauen entscheiden zwar überall in der Welt die Wahlen. Aber nur wenige Frauen fällen auch Entscheidungen im Interesse von Frauen. Die Frauen der Sozialistischen Fraueninternationale (ISW) verglichen auf einem Sommerseminar in London die Situation der Frauen in den Parteien und versuchten sich erstmals an einer Bestandsaufnahme zum Verhältnis Feminismus-Sozialismus. Über die Benachteiligung der Frau in der Politik, auch in den sozialdemokratischen Parteien überall in der Welt, waren sich die Frauen schnell einig. Auch die Vizepräsidenten der Sozialistischen Internationale, Joop den Uyl und Reulf Steen, beklagten diesen Zustand.

Die Zahlen sind wirklich nicht berückend: Nur in den skandinavischen Ländern übersteigen die Frauenanteile an Ämtern und Mandaten die 20-Prozent-Grenze. Und - so wurde immer wieder betont - es sind immer noch die Frauen, die am besten das gelebte Frauenleben berücksichtigen und gesellschaftliche Reformen im Interesse der Frauen voranbringen, nicht die Männer. Rezepte wurden nicht gefunden. Doch spielten viele Parteifrauen mit dem Instrument der Quote, das Niederländerinnen und Französisinnen sich beispielsweise erkämpft haben. Andere forderten Frauenförderungspläne der Parteien. Und alle appellierten an die Männer in der Sozialistischen Internationale auf ein Amt oder Mandat zugunsten einer Frau zu verzichten. Konkret sprachen sich die Parteifrauen dafür aus, daß die nationalen Partei-Delegationen zu den Kongressen und Bürositzungen der Sozialistischen Internationale Frauen zumindest einen Platz zugestehen sollten.

Bunter geriet das Meinungsbild zum Thema "Sozialismus-Feminismus". Am deutlichsten wurde der Meinungsgegensatz aufgrund der eigenen nationalen und Parteierfahrungen an den Berichten der Österreicherinnen und der Französisinnen. Während die österreichische Staatssekretärin Johanna Dohnal an das alte Bebel-Wort erinnerte "Es gibt keine Befreiung der Menschheit ohne die soziale Unabhängigkeit und Gleichstellung der Geschlechter", und damit den Sozialismus in den Vordergrund von Strategien rückte, sprach sich die französische Parteisekretärin für Frauenfragen, Veronique Neiertz für eine stärkere Beeinflussung des Sozialismus durch biologistisch-feministische Gedanken aus.



Die Erfahrungsberichte zeigten deutlich, daß unabhängig von der Aufnahme feministischen Gedankenguts in Parteiprogrammen oder Parteistrategien überall Feministinnen in der Regel den sozialdemokratischen Parteien Stimmen wegnehmen. Dies galt für die französische Frauenbewegung "Cholsir" genauso wie für die belgische feministische Partei, die italienischen Feministinnen, die japanischen Sozialisten und die SPD. Sorgen mit dieser Stimmenabwanderung gibt es nicht in den Parteien, in denen Frauen und Frauenorganisationen eine starke Stellung haben wie in Österreich und in den skandinavischen Staaten.

Die Auseinandersetzung mit dem Feminismus, so stellten die Parteifrauen immer wieder fest, ist eigentlich kein Problem der Frauen, sondern der Parteien insgesamt und sollte inhaltlich überall geführt werden. Dabei verkennen die Parteifrauen nicht die Schwierigkeiten; denn die Feministinnen haben keine einheitliche Programmatik, betonen die Vielfalt, auch in ihren Arbeitsformen, und entziehen sich so sehr leicht einer politischen "Erfassung". Alle Frauen stimmten aber darin überein, daß sie der Frauenbewegung viele Anstöße und indirekte Unterstützung verdanken. Die Rolle der Frauen in den meisten Parteien wurde erst diskutiert in der jeweiligen Gesamtpartei, nachdem nach den Studentenbewegungen überall in der Welt autonome Frauengruppen entstanden waren. Scharf wandten sich die Sozialdemokratinnen aus Westeuropa, Neuseeland und den USA gegen die Tendenz von feministischen Gruppen über Themen wie Lohn für Hausarbeit, den Rückzug auf Mütterlichkeitsverherrlichung und Verinnerlichung oder die Selbsterforschung des weiblichen Körpers Frauen zum Rückzug aus der Gesellschaft, zur Aufgabe einer Erwerbstätigkeit und zum antipartnerschaftlichen Verhalten zu bewegen.

Eine Tendenzwende zum konservativen traditionellen Frauenbild, die die Wirtschafts- und Arbeitsmarktkrisen nach sich zog, bedarf einer Korrektur durch eine intensive Zusammenarbeit von Frauen und Männern in der Sozialistischen Internationale mit den Feministinnen. Eine internationale Begegnung von den SI-Frauen und Feministinnen muß daher im nächsten Jahr folgen.

(-/15.8.1980/va-he/ca)



D O K U M E N T A T I O N

Bundespostminister Kurt Gscheidle hat am Donnerstag der niedersächsischen Wirtschaftsministerin Breuel seine Antwort auf ihre Gesetzesinitiative zur Einschränkung des Fernmeldeanalogmonopols der Deutschen Bundespost zukommen lassen. Gscheidle war von der CDU-Politikerin um Unterstützung gebeten worden; eventuelle Einwände sollte er rechtzeitig mitteilen, damit sie diese in der Vorlage berücksichtigen könne, die Anfang September in den Bundestag eingebracht werden soll. Wir dokumentieren den Antwortbrief Kurt Gscheidles.

Ohne Abwägung der gesellschaftspolitischen Folgen

"Sehr geehrte Frau Breuel,

ich danke Ihnen für Ihren Brief, mit dem Sie mir Ihre Vorschläge für eine Novellierung des Fernmeldeanlagengesetzes, des Postverwaltungsgesetzes sowie des Telegrafengesetzes zugeleitet haben. Nach den Diskussionen über die Aufgabenstellung und Rechte der Deutschen Bundespost, die in den letzten Monaten z.T. auch mit Ihrer persönlichen Beteiligung oder der Ihres Hauses geführt wurden, wird es Sie nicht überraschen, daß ich Ihre Vorschläge nicht unterstützen kann. Insbesondere habe ich schwerwiegende Bedenken gegen die beabsichtigte Verankerung des Subsidiaritätsprinzips für das Post- und Fernmeldewesen, gegen das Verbot gegenüber der Deutschen Bundespost, Endgeräte und Kabelrundfunkanlagen zu errichten und zu betreiben, sowie gegen eine stärkere Einschaltung des Bundesrates. In der Sache wird sich die Bundesregierung zu gegebener Zeit im einzelnen äußern.

Ihre Gesetzgebungsvorhaben verdeutlichen einmal mehr, daß Sie entsprechend den Zielsetzungen der Union, den öffentlichen Unternehmen aus Prinzip und ohne Abwägung der gesellschaftspolitischen Folgen in unserer Wirtschaftsordnung nur eine Lückenbüßerfunktion zuweisen wollen. Wenn man es der Post verwehrt, neue Dienstleistungen anzubieten, und private Fernmeldenetze für die allgemeine Nutzung zuläßt, wird das wirtschaftlich gesunde Fernmeldewesen schrittweise privatisiert mit der Folge, daß für diejenigen Dienstleistungen, die aus gemeinwirtschaftlichen Gründen nicht kostendeckend erbracht werden können, der Steuerzahler zur Kasse gebeten werden müßte. Diese Privatisierungspolitik bringt vielleicht einigen Unternehmen Nutzen, sie liegt aber nicht im Interesse unserer Bürger. Ich halte die im Grundgesetz verankerte Zuständigkeitsverteilung für das Post- und Fernmeldewesen sowie die übrigen gesetzlichen Regelungen, die die Politik der Deutschen Bundespost bestimmen, für volkswirtschaftlich und politisch sinnvoll und für nicht änderungsbedürftig.

Im Übrigen habe ich den Eindruck, daß die Union versucht, mit der Ausklammerung der Kabelrundfunknetze aus dem Aufgabenkatalog der Deutschen Bundespost und mit einer verstärkten Einschaltung des Bundesrates ihre medienpolitischen Ziele zu fördern.

Mit freundlichen Grüßen  
Gscheidle"

(-/15.8.1980/bgy/ca)

Verantwortlich: Willi Carl

